

»Die Umfragewerte der AfD lassen uns nicht kalt«

BUNDESREGIERUNG Der künftige Kanzleramtschef Thorsten Frei ist ein Vertrauter von CDU-Chef Friedrich Merz. Er erklärt, wie er die Koalition mit der SPD zusammenhalten und die extremen Rechten klein kriegen will.

Freis Terminkalender ist eng getaktet. Den SPIEGEL empfängt er noch in seinem Bundestagsbüro mit Blick auf die Spree. Von hier aus hat der 51-Jährige als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer in den vergangenen Jahren für Friedrich Merz die Unionsfraktion organisiert. Kommende Woche soll Frei Chef des Bundeskanzleramts werden. Er ist für seine bedingungslose Loyalität gegenüber Merz bekannt, auch für sein freundliches Auftreten. Und für seine Hardlinerpositionen beim Thema Migration.

SPIEGEL: Herr Frei, wären Sie eigentlich lieber Fraktionschef geworden als Kanzleramtsminister?

Frei: Ich bin sehr glücklich mit der Aufgabe, die Friedrich Merz mir übertragen hat.

SPIEGEL: Sie geben häufig Interviews, sind öffentlich sehr präsent. Als Kanzleramtschef müssen sie aber vor allem nach innen wirken und die Koalition zusammenhalten. Wird Ihnen die öffentliche Aufmerksamkeit fehlen?

Frei: Auch als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer habe ich nach innen gewirkt. Das Amt des Kanzleramtsministers wird am Ende daran gemessen, wie erfolgreich die Regierung als Ganzes zusammenarbeitet. Nichtsdestotrotz geht es darum, Politik zu erklären.

SPIEGEL: Also werden Sie weiter in den Talkshows den loyalen Merz-Erklärer geben?

Frei: Das Kerngeschäft ist das Funktionieren der Koalition. Aber wenn die Zeit es zulässt, werde ich sicherlich auch Möglichkeiten nutzen, bestimmte Entscheidungen öffentlich zu begründen.

SPIEGEL: Ihr Vorgänger Wolfgang Schmidt betätigte sich zwar als Spindoktor von Olaf Scholz und erklärte Journalisten dessen Politik. Die Probleme innerhalb der Ampel aber bekam er nicht gelöst. Was wollen Sie anders machen?

Frei: Mit Union und SPD koalieren zwei Parteien miteinander, die bis zum 23. Februar noch Wahlkampf gegeneinander geführt haben. Uns muss nun klar sein, dass wir nur gemeinsam erfolgreich sein können. Das heißt: Sich gegeneinander zu profilieren, wird nicht funktionieren. Ich sehe meine Aufgabe darin, Probleme frühzeitig zu erkennen und zu lösen, bevor sie sich zu etwas Größerem auftürmen.

SPIEGEL: Die Strategen in der CDU haben sich in den vergangenen Jahren Gedanken darüber gemacht, wie gutes Regieren gehen kann, wie man weniger streitet als die Ampel.

Was ist dabei herausgekommen?

Frei: Eine Dreierkonstellation, wie sie die Ampel war, ist sicher komplizierter als die Konstellation aus Union und SPD. CDU und CSU sind Schwestern und betreiben eine praktisch deckungsgleiche Politik auf einer gemeinsamen Wertegrundlage. Wir haben unter anderem im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart, dass wir uns regelmäßig im Koalitionsausschuss treffen wollen, unabhängig davon, ob gerade große Probleme zur Lösung anstehen. Das trägt zu guten zwischenmenschlichen Beziehungen bei. Dann braucht es – anders als bei der Ampel – auch keine 30-stündigen Marathonsitzungen, um den Probleberg wieder abzutragen.

SPIEGEL: Einen guten Vorsatz hat die CDU schon mal über Bord geworfen: Der schwarz-rote Koalitionsvertrag ist nicht, wie angekündigt, knackig und kurz, sondern mit 144 Seiten ähnlich lang wie jener der Ampel. Ist das ein Ausdruck des Misstrauens?

Frei: Es kann sinnvoll sein, bestimmte Fragen, bei denen man in einer Koalition unterschiedliche politische Positionen hat, besonders konkret zu beschreiben. Andere Punkte sind so selbstverständlich zwischen Union und SPD, dass man darüber keine Worte verlieren muss. Aber die Länge des Koalitionsvertrags ist nicht entscheidend. Der schwarz-rote Koalitionsvertrag in Hessen hat mehr als 200 Seiten. Und die Koalition dort arbeitet exzellent zusammen.

SPIEGEL: Bei Schwarz-Rot im Bund scheinen Konflikte dagegen programmiert zu sein. Alle Vorhaben stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Das heißt, wofür Geld da ist und wofür nicht, müssen Union und SPD immer wieder neu ausfechten.

Frei: Es ist doch richtig, dass man nur das Geld ausgeben darf, das zur Verfügung steht. Aber wenn Sie den Koalitionsvertrag genau lesen, finden Sie schon Hinweise darauf, was auf jeden Fall kommt und wo wir womöglich Abstriche machen müssen. Wenn wir schreiben »Wir werden«, dann meinen wir das auch so. Zum Beispiel, dass wir bereits ab diesem Jahr die Turboabschreibungen auf Ausrüstungsgüter in Höhe von 30 Prozent einführen.

SPIEGEL: Unternehmen können dann im ersten Jahr nach dem Kauf einer neuen Maschine 30 Prozent der Kosten als Betriebsausgabe ansetzen und müssen entsprechend weniger Steuern zahlen.

Frei: Genau. Das kommt sicher. Andere Vor-

haben im Koalitionsvertrag fangen an mit der Formulierung »Wir wollen«. Die kommen nur, wenn wir an anderer Stelle etwas einsparen können oder durch ein schnelleres Wirtschaftswachstum mehr Steuereinnahmen haben. Es gibt aber auch viele Dinge, die gar nichts kosten und der Wirtschaft trotzdem helfen. Zum Beispiel die geplante Abschaffung des Lieferkettengesetzes, das einen enormen bürokratischen Aufwand bedeutet.

SPIEGEL: Trotzdem haben Union und SPD Konflikte in die Zukunft verlagert.

Frei: Konflikte darf man nicht überdramatisieren. Unterschiedliche Parteien haben unterschiedliche Meinungen. Gemeinsam haben wir, dass wir einen Mehrwert für unser Land erreichen wollen. Darum geht es. Diese Koalition muss mehr sein als der kleinste gemeinsame Nenner von Union und SPD.

SPIEGEL: Friedrich Merz hat die Reform der Sozialsysteme – Gesundheit, Rente, Pflege – die »größte gesellschaftspolitische Herausforderung« der Regierung genannt. War es fahrlässig, diesen Bereich im Koalitionsvertrag quasi nicht zu regeln?

Frei: Wir haben in der Koalition ein gemeinsames Verständnis davon, dass wir unter dem enormen Druck des demografischen Wandels unserer Gesellschaft stehen. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Die Wurzeln für das Problem liegen 30, 40 Jahre zurück. Die Kinder, die damals nicht geboren wurden, werden heute keine Eltern werden können. Das können wir nicht kurzfristig beeinflussen. Hier

müssen wir eine Lösung finden, die alle Generationen miteinbezieht. Und das werden wir tun – ohne den Zeitdruck der Koalitionsverhandlungen.

SPIEGEL: Der Erfolg der Regierung unter Merz wird auch daran gemessen werden, ob sie die Fluchtmigration spürbar begrenzen kann. Hat die Union durch ihren kompromisslosen Kurs im Wahlkampf unrealistische Erwartungen geschürt?

Frei: Nein. Wir haben uns im Wahlkampf an der Realität orientiert. Allein zwischen 2022 und 2024 ist die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer um mehr als 2,2 Millionen Menschen gestiegen. Dazu gehören viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Ob es gelingt, diese Menschen zu integrieren, hängt auch von der Kraft unserer Gesellschaft ab, sie aufzunehmen. Diese ist in den vergangenen Jahren überschritten worden. Deswegen gibt es die klare Erwartung in der Bevölkerung, dass wir Migration nicht nur ordnen und steuern, sondern auch begrenzen. Damit sind wir im Wahlkampf angetreten, das steht im Koalitionsvertrag, und das wird die neue Regierung umsetzen.

SPIEGEL: Friedrich Merz hat ein faktisches Einreiseverbot für irreguläre Migranten ab Tag eins angekündigt. Heißt das, es stehen vom 6. Mai an etliche zusätzliche Bundes-

polizisten an den Grenzen?

Frei: Ja, das ist ein wesentlicher Punkt. Er wirkt kurzfristig. Wir werden die Grenzkontrollen intensivieren und diejenigen zurückweisen, die kein Recht auf Einreise nach Deutschland haben. Im Koalitionsvertrag haben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen vereinbart, das klare Signale sendet: Wir beenden freiwillige Aufnahmeprogramme,

setzen den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte aus und wirken auf EU-Ebene darauf hin, dass das sogenannte Verbindungselement gestrichen wird.

SPIEGEL: Sie meinen den Grundsatz, dass Migranten nur in einen Drittstaat zurückgebracht werden können, zu dem sie eine Verbindung haben.

Frei: Das macht es möglich, dass wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern Asylverfahren auch außerhalb der EU abwickeln können, etwa in Staaten in Afrika, die als sichere Drittländer eingestuft sind. Mittelfristig kommt es darauf an, dass wir in Europa noch einmal einen neuen Anlauf nehmen. Wir müssen Migration für den Kontinent insgesamt so regeln, dass wir einerseits unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und andererseits die Überforderung unserer Gesellschaften verhindern.

SPIEGEL: Das heißt, Sie wollen die mühsam erzielte Einigung über die Reform des Gemeinsamen europäischen Asylsystems noch einmal aufschneiden?

Frei: Dieser Kompromiss aus dem vergangenen Jahr enthält eine Evaluationsklausel. 17 Staaten haben die EU-Kommission aufgefordert, genau unter diesem Aspekt die Reform weiterzuentwickeln. Also etwa Möglichkeiten für eine leichtere Rückführung auch in Drittstaaten außerhalb der EU zu schaffen.

Ich finde, die Bundesregierung sollte sich dieser Aufforderung anschließen.

SPIEGEL: Schwarz-Rot will die freiwilligen Aufnahmeprogramme der Bundesrepublik beenden. Derzeit warten in Pakistan 2600 Menschen aus Afghanistan auf die Einreise nach Deutschland. Sie haben gültige Aufnahmezusagen. Werden sie nach Deutschland kommen dürfen, oder wird die neue Bundesregierung diese Menschen ihrem Schicksal überlassen?

Frei: Wir halten uns an alle rechtsstaatlichen Vorgaben. Das ist selbstverständlich für eine Rechtsstaatspartei. Auf der anderen Seite haben wir als Union von Anfang an deutlich gemacht, dass wir nur das Ortskräfteprogramm für frühere Mitarbeiter der Bundeswehr in Afghanistan politisch unterstützen. Alle darüber hinausgehenden Aufnahmeprogramme lehnen wir ab. Wir halten nichts davon, dass Menschen, die überhaupt keinen Bezug zu Deutschland haben, von Nichtregierungsorganisationen für eine Einreise ausgewählt werden. Deswegen werden wir das tun, was rechtsstaatlich möglich und geboten ist, aber nichts darüber hinaus.